

Anlage 2

Die Verschuldung der Sondervermögen des Bundes

	1993	1994	1995
	Mrd. DM		
1. Vereinigungsbedingte Sondervermögen			
Fonds „Deutsche Einheit“ ¹⁾	89	92	90
Kreditabwicklungsfonds ²⁾	140	140	
Erblastentilgungsfonds ³⁾			394
2. Sonstige Sondervermögen			
ERP-Sondervermögen ⁴⁾	35	45	52
Bundeseisenbahnvermögen ⁵⁾		80	89
insgesamt	264	357	625
+ Treuhandanstalt⁶⁾	170	230	

1) Der Fonds „Deutsche Einheit“ dient der Ergänzungsfinanzierung der Länder- und Kommunalhaushalte Ost und beendet mit dem Inkrafttreten des gesamtdeutschen Finanzausgleichs 1995 seine aktive Rolle.

2) Der Kreditabwicklungsfonds (KAF) umfaßt die Altschulden der ehemaligen DDR (einschl. Ausgleichsforderungen der Banken aus der Währungsumstellung und der Auslandsverbindlichkeiten). Er geht 1995 in den Erblastenfonds (ELF) über.

3) Im ELF werden ab 1995 die Schulden des KAF, der Treuhandanstalt und eines Teils der ehemaligen DDR-Wohnungswirtschaft zusammengefaßt.

4) Das ERP-Sondervermögen verwaltet die durch Kreditaufnahme aufgestockten ehemaligen Marshallplan-Mittel, die revolvierend zur Wirtschaftsförderung eingesetzt werden.

5) Im Bundeseisenbahnvermögen werden ab 1994 die Altschulden von Bundes- und Reichsbahn zusammengefaßt.

6) Die Treuhandanstalt ist formal kein Sondervermögen, sondern ein öffentliches Unternehmen. Die Treuhandschulden gehen 1995 auf den ELF über.

Quelle: SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Haushalt.

Initiative für eine öffentliche Debatte, für eine zivile deutsche Politik, gegen ein weltweites Eingreifen der Bundeswehr

(Wortlaut)

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist das politische Gewicht Deutschlands in der Welt gewachsen. Deutschland hat die Chance, aus gewachsenen internationalen Möglichkeiten und aus nüchterner Einschätzung eigener Interessen für eine friedliche Entwicklung der internationalen Beziehungen und für eine sozial gerechte wirtschaftliche Entwicklung aller Staaten und Völker einzutreten. Es besitzt die Kraft, zivile Alternativen zur Beherrschung und Lösung von Konflikten und der Sicherung des Friedens in Europa und der Welt zu entwickeln. Dieses Ziel würde einen lohnenden hohen politischen und finanziellen Einsatz erfordern. Dafür ist die Unterstützung des deutschen Volkes zu gewinnen. Wir glauben: es gibt eine Bereitschaft in unserer Bevölkerung, für eine solche Rolle Deutschlands einzutreten.

Die Bundesregierung aber geht offenbar davon aus, daß militärische Gewalt ein unaufgebbarer Faktor in den internationalen Beziehungen bleiben muß. Deshalb will sie die „gewachsene deutsche Verantwortung“ vorrangig mit Streitkräften wahrnehmen, zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Verteidigungspolitische Richtlinien vom 26. November 1992*). Die Neuorganisation der Bundeswehr im Verbund binationaler und multinationaler Kampfeinheiten ist in vollem Gange.

Die Öffentlichkeit soll offenbar wieder an die Präsenz deutscher Soldaten überall in der Welt gewöhnt werden. Das könnte den Beginn einer neuen Epoche gefährlicher deutscher Politik bedeuten. Der weitreichende Nachkriegskonsens, der Kriege und erst recht präventive militärische Aktionen als Mittel der Politik ausschließt, soll ohne Not aufgegeben werden.

Diese Politik könnte Deutschland erneut in Katastrophen und Krieg steuern. Sie übersieht auch Lehren, die die Welt zweimal in diesem Jahrhundert Deutschland erteilt hat. Sie schadet den deutschen Interessen an guter Nachbarschaft und friedlichem und gerechtem Ausgleich. Sie untergräbt zunehmend die demokratisch notwendige innere Loyalität zu unserem Staat: Ergebnis kann nur sein, daß draußen und drinnen materielle Not und soziales Elend wachsen und politische und kulturelle Verwahrlosung drohen; die Gewaltbereitschaft im Innern hat eine Ursache auch darin. Angesichts der ökonomischen und sozialen Ursachen weltweiter Krisen hat die militärische Option keine Zukunft. „Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus“ ist mit erweiterter Dringlichkeit zur aktuellen Forderung geworden.

Deshalb rufen wir alle, die über die gegenwärtige Entwicklung besorgt sind, dazu auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, über Chancen und Gefahren für unser Land zu sprechen: wir brauchen diese breite öffentliche Debatte über die Grundfragen der Rolle Deutschlands in der Welt.

Unser Land steht jetzt in einer Entscheidungssituation: Findet es Möglichkeiten, den Menschen innerhalb und außerhalb seiner Grenzen zu nutzen, oder geht es einen Weg, der von Kriegen im Äußeren und Unruhen im Innern gekennzeichnet sein wird?

Es muß erreicht werden, daß alle bisherigen Entscheidungen, die den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Verteidigungsauftrages betreffen, zurückgenommen werden. Aufgaben, wie sie sich z. B. heute in Kambodscha oder Somalia stellen, können besser zivil wahrgenommen werden.

Es geht darum, die Kräfte unseres Landes dafür einzusetzen, daß Armut und Hunger überwunden werden.

Unerläßliche Schritte dazu bleiben, den Abrüstungsprozeß zu beschleunigen, das Verbot internationalen Waffenhandels durchzusetzen, den internationalen Handel und die internationale Arbeitsteilung zum Nutzen aller zu fördern, Schuldenerlaß gegenüber den Entwicklungsländern und globalen Schutz der natürlichen Umwelt endlich zu erreichen.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner: Prof. Dr. Ulrich Albrecht, FU Berlin; Dr. Hans Arnold, Botschafter a.D., München; Dr. Manfred Asendorf, Hamburg; Wolfgang Baasch, MdBü Lübeck; Peter Baasner, Hamburg; Carry-Anne Bär-Hermann, StR. a.D., Hamburg; Stephan Barthel, Sprecher Päd. f. d. Frieden, Berlin; Prof. em. Dr. Dr. Gerhard Bassarak, Berlin; Dr. med. Till Bastian, IPPNW, Isny; Horst Becker, Vorsitzender Richter am Landgericht, Hamburg; Thorulf Becker, Dipl.-Ing., Bergen/Rügen; Dr. Ulrike Beisiegel, Hamburg; Dr. med. Dieter und Silke Bergfeld, Schafflund; Dr. W. und Heidi Beutin, Literaturwissenschaftler; Thomas Bonesky, Leipzig; Dr. Ulrike Borchardt, Friedensforscherin, Hamburg; Dr. Hans Borkowski, Zahnarzt, Wankendorf; Dr. Jan Braden, Hamburg; André Brethack, Juso Kiel; Gisa Casties, Henstedt-Ulzburg; Christian Dethleffsen, Pastor i. R., Pinneberg; Eva-Marie Dietrich, Chile-Soli-Komm., Hannover; Hedwig und Axel Dohse, Hebamme/Ang., Brande; Olaf Duge, Lehrer, Hamburg; Dr. med. Helmreich Eberlein, IPPNW, Flensburg; Bernt Engelmann, Autor, Sabine Kruse, Lübeck; Wolfgang Erdmann, Dipl.-Ing., Hamburg; Paul Evert, VVN, Aukrug; Friedenszentrum Zwickau; Holmer Gertz, Pastor i.R., CfA, Glücksburg; Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter, Universität der Bundeswehr, Hamburg; Katja und Götz Godowski, Lübeck; Manfred Goll, Betriebsrat, Hamburg; Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein, IPPNW, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Helmut Grieser, Historiker, Benz; Hanns Hämer, Schulleiter, Hamburg; Dr. phil. Hans-Jürgen Häfner, Institut für Kultur, Friedens- und Konfliktforschung, Hannover; Kirsten Heinsohn, Historikerin, Wedel; Detlef Henschke, IG Medien Hauptvorstand, Stuttgart; Bernd C. Hesslein, Journalist, Hamburg; Volker Detlef Heydorn, Maler 4 - Grafiker, Hamburg; Prof. Hans Jacobi, Wedel; Irmgard und Wolfram Jasker, Lehrer und Ingenieur, Wedel; Helmut M. W. Kahn, Autor, Hamburg; Andrea Kersten, Mitgl. Sen. HWP, Ham-

*)Im Wortlaut dokumentiert in „Blätter“, 9/1993, S. 1137ff. D. Red.

burg; Dr. Wolfgang und Renate Kirstein, Hamburg; Nadja Kleinholz, Hamburg; Horst Klingspor, Pastor i. R., Ahrensburg; Willfrid Knees, Pastor, Sylt-Ost; Horst Krause, Stud.-Dil. a. D., Lübeck; Eckart Kuhlwein, MdB, Ammersbek; Horst Leps, Lehrer, Hamburg; Dr. Hans-Peter de Lorent, Landesvorsitzender GEW, Hamburg; Konrad Lübbert, Pastor, Wedel; Prof. Dr. Ulf und Frauke Lüers, Flensburg; Dr. Dieter Lutz, Friedensforscher, IFSH, Hamburg; Gerdt Maehl, Schlossermeister, Hamburg; Dr. Alfred Mechtersheimer, Starnberg; Bernd und Lore Meimberg, Sirksfelde; Prof. Dr. Thomas und Dr. Priscilla Metscher, Günther Millauer, Uetersen; Dr. Reinhard Mutz, Friedensforscher, IFSH, Hamburg; Gabriele und Wolfgang Neskovic, Richter, Lübeck; Herbert Neumann-Schneider, Galerist, Bornhö; Bernhard Nolz, Friedenspädagoge, Kiel; Klaus Otto, Justitiar, Kiel; George Plaschke, Pastor, Hamburg; Prof. Meike Plesch, Hamburg; Maria Rave, Lehrerin, Kummerfeld; Hartmut Ring, Lehrer, Hamburg; Otti und Jochen Rösler, Erziehungswissenschaftler, Krukow; Clemens Ronnefeld, Krastel; Helmuth Prieb, Oberstleutnant, Sprecher „Darmstädter Signal“, Swisttal; Lisa Politt und Günter Schmidt, Kabarett „Herrchens Frauchen“, Hamburg; Klaus Roosen, Lehrer, Marne; Peter Rosinski, Publizist, Hamburg; Dr. med. Elisabeth Scharpff, Hamburg; Prof. Dr. Heinz Schernikau, Schönberg; Elmar Schmähling, Flott.-Admiral a.D., Köln; Prof. Dr. Lambert Schneider, Hamburg; Helmut Schönberg, BI Freie Heide, Schweinrich; Renate Schönfeld, Pastorin, Groß-Ziethen; Walter Schönfeld, Rechtsanwalt, Hamburg; Silke Seemann, Lübeck; Inge Siebke, Bederkesa; Uwe Simonsen, CFA, Adelbylund; Eckart Spoo, Journalist, Hannover; Hartmut Sprick, Lehrer, Hamburg; Benno Stahn, Kiel; Hannelore und Jürgen Stange, Heikendorf; Sieglinde Steidinger, Hamburg; August Steimann, Würzburg; Dr. Rainer Stephan, leitender Medizinaldirektor, IPPNW, Itzehoe; Dr. Mariola Stohrer, Zahnärztin, Hamburg; Wittigo Stubbe, Soz.-Psych., Elmshorn; Caroline Thomas, Red. Wissenschaft und Frieden, Berlin; Dr. Otto Stüllein, Kapt. z.S. a.D. (NVA), Rostock; Harald Thomas, Kapt. z.S. a.D. (NVA), Rostock; Horst Trapp, Mit-Init. Krefelder Appell, Frankfurt am Main; Ralph Urban, Arzt, Schwarzenbek; Dr. Wolfgang Vogt, wissenschaftlicher Direktor/Führungs-Akademie BWehr, Hamburg; Johannes Voigtländer, Pfarrer, Köln; Günter Vollmer, Gen.-Major a.D., Kiel; Dr. Wolfgang Walter, Arzt, Reinbek; Sönke Wandschneider, Pastor, Hamburg; Johann Weingärtner, Pastor, Neumünster; Klaus Weiß, Dozent, Hamburg; Dr. habil. Gisela und Prof. Dr. Horst Weiß, Strausberg; Dr. Christian Wellmann, Friedensforscher, Hamburg; Felix Welti, Großhansdorf; Dr. theol. habil. Gert Wendelborn, Rostock; Dr. med. August Wilkens, Trappenkamp; Laura v. Wilmersperg, Westberl. Koord. Fln.; Hartmut Winde, Hamburg; Rolf Winter, Autor, Braderup/Sylt; Prof. Dr. F.-Wilhelm Wollenberg, Ammersbek; Moni und Bernd Wulf, Lübeck; Dr. Herbert Wulf, Institut f. Entwicklung und Frieden, Duisburg.

Kontakt: Pastor Volker Bethge, Sachsenweg 14, 24576 Bad Bramstedt

Bemerkungen

Mitteilung von Verlag und Redaktion: Liebe Leserinnen und Leser, nachdem wir trotz gestiegener Herstellungs- und Vertriebskosten die Preise 1992/93 gehalten haben, kommen wir jetzt um eine Erhöhung leider nicht länger herum. Das Normalabonnement kostet ab Januar 1994 8,50 DM pro Heft, das ermäßigte 6,50 DM; das bedeutet (inklusive 7,80 DM Versandkosten) 109,80 DM bzw. 85,80 DM im Jahr. Der Versandkostenanteil für Auslandsabonnements beträgt 24 DM. Im Einzelverkauf kosten die „Blätter“ ab 1. 1. 1994 14 DM. Die „Blätter“ sind unabhängig von Parteien und Verbänden, haben weder die Unterstützung eines großen Verlages, noch wollen sie primär Anzeigenträger sein. Als Publikation im Eigenverlag sind wir abhängig von unseren Abonentinnen und Abonenten - deshalb müssen wir kostendeckend kalkulieren, und um das zu gewährleisten, ist diese Preiserhöhung notwendig.

Hinweis: Jetzt abonnieren lohnt sich! Für alle Abonnements, die uns bis zum Jahresende erreichen, berechnen wir den alten Preis. Auch deswegen lohnt es sich also, sich jetzt für ein Abonnement (oder ein Geschenk-Abonnement) der „Blätter“ zu entscheiden.

Korrektur: In Heft 10/1993 dokumentierten wir die israelisch-palästinensische *Prinzipien-erklärung über Vereinbarungen zur übergangsweisen Selbstverwaltung* vom 19. September 1993 (S. 1281 ff.). Dabei handelte es sich um die letzte Fassung des Entwurfs, dessen Wortlaut nach der Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch Israel (siehe den Brief von Yitzhak Rabin an Yassir Arafat, ebenfalls in „Blätter“, 10/1993) unmittelbar vor der Unterzeichnung geändert wurde: die Bezeichnung „die palästinensische Delegation“ wurde ersetzt durch „die PLO“. Entsprechend unterzeichnete Mahmud Abbas die Prinzipienklärung „für die PLO“. Wir bitten dies zu berücksichtigen. D. Red.